Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renkel. Druck u. Verlag: Auerdruck u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Fernsprecher: Amt Aue Nr. 2. Drahtanschrift: Tageblatt Erzgebirge.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile 1.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 44. Dienstag, den 22. Februar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Nach der amtlichen Uebersicht der Reichseinnahmen und Ausgaben im Monat Januar 1921 ist die ungedeckte schwebende Schuldenlast des Reiches auf insgesamt 155,7 Milliarden Mark angewachsen.

*

Das Reichskabinett hat beschlossen, zur Speisung unterernährter Kinder einen Betrag von 50 Millionen Mark in den Etat einzustellen. Der Betrag soll in erster Linie für die mit amerikanischer Hilfe beabsichtigte Erweiterung des hochherzigen Kinderhilfswerkes verwendet werden.

*

Die Londoner Konferenz hat beschlossen, daß die oberschlesischen Landeseinwohner und die auswärts wohnenden Abstimmungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen.

*

Wie aus London gemeldet wird, fand die erste Vollsitzung der Konferenz gestern nachmittag 4 Uhr im St. James-Palast statt.

Die Wahlen in Preußen.

Das bisherige Ergebnis.

Die Wahlergebnisse in Preußen laufen infolge des ausgedehnten Gebietes und der vielen ländlichen Bezirke nur sehr langsam in Berlin ein, so daß das genaue Ergebnis noch nicht vorliegt und erst im Laufe des heutigen Tages bekannt werden dürfte. Es scheint aber nach den bisher vorliegenden Meldungen so zu bleiben, wie es von Anfang an den Anschein hatte, daß nämlich gegenüber der jüngsten Reichstagswahl die Deutschnationalen, Mehrheitssozialisten und Kommunisten Gewinne, die übrigen Parteien Einbuße zu verzeichnen haben, wobei die Unabhängigen besonders empfindlich geschwächt werden. Bis 11 Uhr gestern abend haben als gewählt zu gelten 361 Abgeordnete. Diese verteilen sich auf die Parteien wie folgt:

Deutschnationale 66,
Deutsche Volkspartei 51,
Zentrum 70,
Demokraten 20,
Mehrheitssozialisten 99,
Unabhängige 24,
Kommunisten 27,
Wirtschaftspartei 4.

Das Problem der Regierungsbildung.

In politischen Kreisen, die der gegenwärtigen preußischen Regierung nahestehen glaubt man nach den bisher vorliegenden Wahlresultaten, daß die weitere Regierungsfähigkeit der Koalition, wenn auch auf veränderter Basis, gesichert ist. Als bestimmt darf zum mindesten die Notwendigkeit einer Umbildung innerhalb der Regierung gelten und zwar werden voraussichtlich die Demokraten die Kosten dieser Umbildung tragen müssen. Von den Oppositionsparteien hat die Deutsche Volkspartei immerhin einen derartigen Zuwachs erhalten, daß die Frage ihrer Mitbeteiligung an der preußischen Regierung in den Vordergrund tritt. Man glaubt, daß die Sozialdemokratie dem Eintritt der Volkspartei keinen Widerstand in den Weg legen wird, wenn sie sich nochmals formell als verfassungstreu bekennt. Eine derartige Erweiterung der preußischen Regierung würde die bereits seit längerer Zeit betriebene Erweiterung der Reichsregierung durch Aufnahme der Sozialdemokraten sehr wahrscheinlich zur Folge haben. Die drei Regierungsparteien des Reichstages gedenken schon im Laufe des heutigen Tages über diese Frage Fühlung zu nehmen. Ob bereits vor dem 1. März eine grundsätzliche Klärung erreicht werden kann, oder ob der Anstoß dazu von London ausgehen wird, steht zurzeit noch dahin.

Die Vossische Zeitung schreibt: Die Verhandlungen über die Neubildung der preußischen Regierung und über die Umbildung der Reichsregierung haben bereits am gestrigen Tage eingesetzt. Zwischen den führenden Persönlichkeiten der Koalitionsparteien im Reiche haben bereits Besprechungen in dieser Richtung stattgefunden, an denen Reichskanzler Fehrenbach, der Reichsminister des Innern Dr. Koch und der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann teilgenommen haben. Diese drei Parteien scheinen untereinander bereits einig zu sein. Mit den Sozialdemokraten sollen die Verhandlungen erst im Laufe des heutigen Nachmittags angeknüpft werden. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei sind die Meinungen darüber, ob man in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eintreten soll, geteilt. In der jüngsten Zeit scheint aber jener Flügel die Oberhand gewonnen zu haben, der geneigt ist, diese Koalition anzunehmen. Von stärkstem Gewicht wird für die Entscheidung der Sozialdemokraten die Meinung und Haltung des Reichspräsidenten Ebert sein. Die Bemühungen sind darauf gerichtet, die neue Koalition und die Umbildung der Reichsregierung so zu beschleunigen, daß sie noch vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz erfolgt. Der Gedanke einer Einheitsfront gegenüber den Alliierten, der vor zwei Wochen an dem Widerspruch der Deutschnationalen scheiterte, soll jetzt auf die Art verwirklicht werden, daß die Regierung die in London im Namen des Deutschen Reiches verhandelt, eine ausgesprochene Mehrheitsregierung ist.

Von einer führenden deutschnationalen Persönlichkeit erhält der Lokalanzeiger folgende Beurteilung der Lage, wie sie sich nach den bisher eingelaufenen Wahlergebnissen darstellt: Was unsere Stellung im künftigen Parteileben, insbesondere die Frage unseres Eintritts in die Koalition, anbetrifft, so läßt sich darüber vorläufig nur folgendes sagen: Wir haben bekanntlich im Zusammenhange mit den kommenden Londoner Verhandlungen unsere Bereitwilligkeit ausgesprochen, im Reichstag einer Koalition näherzutreten, falls Widerstand gegen die Ententeforderungen bis zum letzten garantiert wird, aber eben nur in diesem Falle. Auf den preußischen Landtag läßt sich diese Geneigtheit sachlich nicht ohne weiteres übertragen. Hier ist außerdem bis zum 10. März ja überhaupt keine Klärung der Parteiverhältnisse zu erwarten. Einen Staatspräsidenten, der die Parteien auffordert, hat ja Preußen nicht. Der neue Landtag wird als stärkste Partei wiederum die mehrheitssozialistische aufweisen. Von ihr muß also der Anstoß in dieser wichtigen Frage ausgehen. Bis dahin ist über die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei in bezug auf ihre Einstellung in die Parteigruppierung naturgemäß nichts zu sagen.

Von volksparteilicher Seite wird demselben Blatte zu dem Wahlergebnis mitgeteilt: Vorläufig läßt sich noch nicht klar übersehen, wie das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien im neuen preußischen Hause sein wird. Man kann wohl aber damit rechnen, daß die bisherige Koalition nicht bestehen bleibt. Nach Aeußerungen, die von Zentrumsseite vorliegen, kann man damit rechnen, daß diese Partei aus der bisherigen Koalition austritt, selbst wenn die drei Koalitionsparteien noch ein knappes Uebergewicht behalten sollten. Die Volkspartei dürfte sich bei der Regierungsneubildung, wie von hervorragender parlamentarischer Seite betont wird, mit den Deutschnationalen in Verbindung setzen und diese zum Eintritt in die Regierung auffordern. Es fragt sich natürlich, wie sich das Zentrum dann verhalten wird, ob es gegebenenfalls bereit wäre mit Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei zusammen eine Regierung zu bilden. Wie wir weiter erfahren, finden zwischen den Parteiführern bereits unverbindliche Besprechungen statt.

Ueber die voraussichtliche Regierungsbildung in Preußen sagt der Vorwärts: Davon, daß die bisherige Regierungskoalition ihre Mehrheit verlieren könnte, kann kaum die Rede sein. Ob der Wille, sie fortzusetzen, bei den bisher beteiligten Personen noch vorhanden ist, wird in Verhandlungen festgestellt werden müssen. Nur so viel kann heute gesagt werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt der Reaktion und dem Nationalismus auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Durch ihren Erfolg ermutigt, muß sie dem Ziel zustreben, wieder die große, einige Arbeiterpartei zu werden, die Preußen und Deutschland braucht, um die schweren Krisen der inneren und der äußeren Politik überstehen zu können. Das Ergebnis des 20. Februar ist, trotz seiner Schattenseiten, ein neuer, verheißungsvoller Schritt auf diesem Wege.

*

Die Reichstagsnachwahl.

Bürgerlicher Sieg in Schleswig-Holstein.

Auf Grund der bei den Reichstagswahlen für den Wahlkreis Schleswig-Holstein für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen entfällt 1 Mandat auf die Deutschnationalen (Dr. Obersohren), 1 Mandat auf die Deutsche Volkspartei (Dr. Runkel), 1 Mandat auf die Demokraten (Graf Bernstorff) und 2 Mandate auf die Mehrheitssozialdemokratie (Schröder und Frohme).

Demokratisch-sozialistische Mehrheit in Hamburg.

Das Ergebnis der Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft ist nach den bisher vorliegenden Nachrichten so, daß eine demokratisch-sozialistische Mehrheit gesichert ist. Die Kommunisten haben bedeutend an Stimmen verloren, während Deutschnationale und Deutsche Volkspartei ihre Stimmenzahl verbessert haben.

Die Bürgerschaftswahlen in Bremen.

Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen wurden nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis in 105 Stadtbezirken abgegeben für die Deutschnationale Volkspartei 9315, Deutsche Volkspartei 36 956, Zentrum 3378, Deutsche Demokraten 25 718, Sozialdemokraten 33 107, Unabhängige 31 193, Vereinigte Kommunisten 9989, Wirtschaftspartei 25 218 Stimmen. Ungültig waren 358 Stimmen.

Beginn der Londoner Konferenz.

Die Londoner Konferenz begann gestern vormittag 11 Uhr 30 Minuten mit einer einleitenden Sitzung des obersten Rates in Downingstreet. Die Hauptteilnehmer sind: für Großbritannien Lloyd George und Lord Curzon, für Frankreich Briand, Berthelot, Loucheur, Doumer, Marschall Foch, General Weygand, für Italien Graf Sforza, de Martino, Marchese de la Foretta, die Generale Marietta und Galli, für Belgien Jaspar, Theunis, de la Croix, General Maglinse, für Japan Baron Hayashi, für Griechenland Kalogeropulos, für die Konstantinopeler Regierung Tewfik Pascha und Reschid Pascha.

Die wichtigste Konferenz seit Versailles.

Die englischen Blätter bezeichnen die Londoner Konferenz als die wichtigste seit der Versailler Friedenskonferenz. Das Ziel der Orientkonferenz ist, Times zufolge, eine Grundlage für die Aenderung des Vertrages von Sevres zu finden, den Abschluß des Friedens mit der Türkei zu erleichtern und eine angemessene Regelung der Ansprüche Griechenlands und verschiedener verbündeter Mächte im nahen und mittleren Orient zu fördern. Das Blatt bezweifelt daß diese wichtige Arbeit im Laufe dieser Woche erledigt werden kann. Times sagen weiter, die Orientkonferenz und die Reparationskonferenz seien eng miteinander verbunden. In amtlichen Kreisen herrsche die Ansicht, daß die Konferenz zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden könne, wenn von Anfang an Gewißheit herrsche, daß in allen Ost- und Mitteleuropa betreffenden Fragen England und Frankreich entschlossen sind, Hand in Hand zu gehen. In einem Leitartikel über die Zukunft des Verbandes schreiben die Times die Londoner Konferenz werde den Verband entweder neu festigen oder die Bande zwischen den Mitgliedern des Verbandes lockern. Wenn der Verband nicht erneuert werde oder wenn man ihn erkalten lasse, dann werde die Konferenz die politische und finanzielle Untätigkeit und den Niedergang von Handel und Industrie nur verschärfen. Ueber das fortdauernde Nein des deutschen Ministers des Auswärtigen brauche man nicht allzu beunruhigt zu sein, auch nicht über den entschiedenen festeren Ton Deutschlands.

Die deutschen Gegenvorschläge.

Die Arbeiten der Sachverständigenkommission sind soweit vorgeschritten, daß das Ergebnis nunmehr an das Reichskabinett gehen kann. Wie verlautet, bewegen sich die Beschlüsse der Sachverständigen vollauf im Rahmen der Reichstagsrede des Ministers Simons.

Briand appelliert ans englische Volk.

Briand hat durch den Observer eine Botschaft an das englische Volk gerichtet. Er erklärt darin, er wolle angesichts der zahlreichen ernsten Probleme, die vor der neuen interalliierten Konferenz im Laufe dieser Woche erörtert werden würden, erklären, daß er, während er keine Schwierigkeiten übersehe, doch den Beratungen mit dem größten Vertrauen entgegensehe. Die letzte Pariser Konferenz habe die Verbündeten in wesentlichen Fragen bereits einander nähergebracht. Niemand könne die wahre Natur der Forderungen Frankreichs mißverstehen. Er wisse, daß hochgestellte Männer England und Frankreich imperialistische Bestrebungen zugeschrieben hätten. Nach dem Pariser Abkommen jedoch müsse Frankreich als äußerst verständig erscheinen. Heute ebenso wie in den schwersten Zeiten des Krieges bleibe er ein entschlossener Anhänger der interalliierten Solidarität sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Briand schließt: Wir werden das Ende der Schwierigkeiten des Friedens erreichen, wie wir das Ende der Schwierigkeiten des Krieges gesehen haben, jedoch nur, wenn wir Hand in Hand gehen. Die Union zwischen Frankreich und England ist der Grundstock dieses Systems der Einigkeit.

Deutschland als Zitrone.

Der Sonderberichterstatter des Matin meldet aus London die Beträge, welche die einzelnen Staaten dem Wiedergutmachungsausschuß als die Höhe ihrer Schäden angegeben haben. Frankreich verlangt, wie bereits berichtet 218 542 Milliarden Papierfrancs, England 2 541 502 534 Pfund Sterling, sowie 7 587 832 086 Francs, Italien 33 Milliarden Lire, 37 Milliarden Francs und 126 Millionen Pfund Sterling. Polen 23 Milliarden Goldfrancs, Brasilien schätzt seine maritimen Schäden auf 1 189 100 Pfund Sterling Belgien bringt eine Rechnung von 34 Milliarden belgischen Francs und 2½ Milliarden französischen Francs. Für die Familien verlangt England im ganzen ungefähr 8 Milliarden Goldmark. Außerdem werden die Rechnungen von Portugal, der Tschechoslowakei, Japan und Rumänien, welche noch nachkommen, auf etwa 5 Milliarden Goldfrancs veranschlagt. Matin bemerkt, daß die ganze Abschätzung einen ziemlich konfusen Eindruck macht.

Frankreich beharrt auf den 226 Milliarden.

Der Matin meldet: Vor der Abreise nach London fand Sonnabend vormittag eine Gesamtsitzung des französischen Kabinetts statt. In ihr ist beschlossen worden, daß die Pariser Beschlüsse in ihrer Gesamthöhe für Frankreich unabänderlich seien, daß jedoch über ihre Ausführung, besonders über die Erstattung der Ausfuhrtaxe, durch ein gleichwertiges Verfahren in London verhandelt werden soll.

Kleine politische Meldungen.

Einheitliche Abstimmung in Oberschlesien. Die Londoner Konferenz hat beschlossen, daß die oberschlesischen Landeseinwohner und die auswärts wohnenden Abstimmungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollen. Wie der Londoner Korrespondent des Temps mitteilt, wurde in London weiter beschlossen, daß die Volksabstimmungskommission